

Venezuela: Die Freilassung politischer Gefangener ist eine dringende humanitäre Maßnahme

Mittwoch, den 22. Juli 2026

Von Daniel Hernández

Die Lage der politischen Gefangenen ist weiterhin kritisch. Ungeachtet der offiziellen Darstellungen kommt es nach wie vor zu willkürlichen Festnahmen, Einschränkungen des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren, Isolationshaft, kurzfristigen Verschleppungen, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung sowie Einschränkungen des Kontakts zu Angehörigen und Rechtsanwält*innen.



Wir, als Angehörige politischer Gefangener und Mitarbeiter*innen von Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die diese Erklärung unterzeichnen, richten einen dringenden Appell an die nationale und internationale Gemeinschaft, damit der Schutz des Lebens und der Menschenwürde im Mittelpunkt der Reaktion auf die schwere Krise steht, die Venezuela derzeit durchlebt.

Das kürzlich eingetretene Erdbeben-Doppelereignis hat eine bereits bestehende Notlage verschärft. Es hat die Krise nicht verursacht, sondern die Folgen jahrelanger institutioneller Schwächung und systematischer Menschenrechtsverletzungen erneut deutlich gemacht. Keine humanitäre Hilfe wird vollständig sein, solange jene Menschen unsichtbar bleiben, deren Leben vollständig vom Schutz des Staates abhängt, darunter Hunderte politischer Gefangener, die unter Bedingungen inhaftiert sind, die ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Leben ernsthaft gefährden.

Die inhaftierten Personen befinden sich in der ausschließlichen Obhut des venezolanischen Staates, der rechtlich verpflichtet ist, ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit, ihre Gesundheit und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Wenn es Berichte über unmenschliche Haftbedingungen, marode Infrastruktur, fehlende Notfallprotokolle, Besuchsbeschränkungen und mangelnde unabhängige Aufsicht gibt, ist Freiheit nicht mehr nur ein rechtlicher Anspruch, sondern wird auch zu einer dringenden Maßnahme des humanitären Schutzes und des Risikomanagements.

Die Lage der politischen Gefangenen ist weiterhin kritisch. Ungeachtet der offiziellen Darstellungen kommt es nach wie vor zu willkürlichen Festnahmen, Einschränkungen des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren, Isolationshaft, kurzfristigen Verschleppungen, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung sowie Einschränkungen des Kontakts zu Angehörigen und Rechtsanwält*innen. Hunderte von Menschen werden weiterhin als Mittel politischen Drucks missbraucht, willkürlich ihrer Freiheit beraubt und Bedingungen ausgesetzt, die mit der Menschenwürde unvereinbar sind. Darunter befinden sich Frauen und Menschen mit schweren Erkrankungen, deren Situation vorrangige und sofortige Aufmerksamkeit erfordert.

Die politischen Gefangenen sind auf verschiedene Haftanstalten und Standorte von Strafverfolgungsbehörden verteilt, darunter El Rodeo I, Guaicaipuro, Yare, das INOF, La Crisálida und verschiedene Polizeigewahrsamszellen, die alle Gegenstand schwerwiegender Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen sind. In El Rodeo I bestehen weiterhin bauliche Risiken aufgrund von Rissen in den Betonbetten und anderen Bereichen der Zellen, in denen die Inhaftierten angesichts der jüngsten Erdbeben und mangels unabhängiger technischer Begutachtungen unter Angst vor möglichen Einstürzen schlafen. Hinzu kommt, dass die dort inhaftierten Personen im Laufe dieses Jahres bereits zwei gewalttätige und unberechtigte Übergriffe erlitten haben, die als Zwangsmittel eingesetzt wurden. In Guaicaipuro entsprechen die Haftbedingungen weiterhin nicht den internationalen Standards: Die dort Inhaftierten leiden Hunger, ohne dass die Öffentlichkeit über ihre tatsächliche Situation informiert wird. Eine Verlängerung ihrer Haft unter diesen Umständen erhöht unnötigerweise die Gefahr für ihr Leben.

Wir würdigen und unterstützen den entschlossenen und beharrlichen Einsatz der Angehörigen politischer Gefangener, die seit 195 Tagen in einem „Lager für die Freiheit“ ausharren und friedlich die Beendigung der willkürlichen Inhaftierung ihrer Angehörigen fordern. Trotz der im Land herrschenden Intransparenz und institutionellen Gewalt haben sie ihre Arbeit fortgesetzt und weiterhin alle verfügbaren nationalen Rechtswege ausgeschöpft, um Antworten und Gerechtigkeit zu erlangen.

Wir verurteilen die Äußerungen, Einschüchterungen und verbalen Angriffe, die der Minister für das Strafvollzugswesen, Julio García Zepa, bei seinem Treffen mit Angehörigen politischer Gefangener am Montag, dem 13. Juli, vorbrachte.

Seine Worte stellen eine Form der erneuten Viktimisierung derjenigen dar, die friedlich Informationen, Gerechtigkeit und Schutz für ihre Angehörigen einfordern; Zudem diskreditieren sie die legitime Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und schrecken davon ab, mögliche Menschenrechtsverletzungen zur Anzeige zu bringen.

Wir erinnern zudem daran, dass sich die Verantwortung für den Schutz der ihrer Freiheit beraubten Personen nicht auf das Handeln des Ministeriums für Strafvollzugsdienste beschränkt. Als ranghöchste Interimsinstanz innerhalb der nationalen Exekutive trägt Delcy Rodríguez die politische und institutionelle Verantwortung dafür, sicherzustellen, dass alle der Exekutive unterstehenden Organe verfassungskonform handeln, die Menschenrechte achten und die notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Leben und Unversehrtheit derjenigen ergreifen, die sich in staatlichem Gewahrsam befinden. Die Reaktion auf diese Krise darf sich

nicht auf Reden oder das Abstreiten der Lage beschränken; Sie erfordert vielmehr sofortige Entscheidungen, die darauf abzielen, irreparable Schäden zu verhindern.

Mit Besorgnis beobachten wir, dass Haftentlassungen unter Auflagen weiterhin so dargestellt werden, als handele es sich dabei um endgültige Lösungen. Die Anordnung regelmäßiger Meldepflichten, Ausreiseverbote und anderer willkürlicher Beschränkungen verlängert die Bestrafung, hält die Betroffenen unter der ständigen Kontrolle eines nicht unabhängigen Justizsystems und verfestigt die wirtschaftlichen, familiären und psychologischen Folgen der Verfolgung. Hinzu kommt eine weitere Form der staatlichen Reviktimisierung: Wiederholte, aber nicht eingehaltene Ankündigungen von Freilassungen sowie selektive Freilassungen, die ohne Vorlage einer offiziellen und überprüfbaren Liste der tatsächlich entlassenen Personen erfolgen. Dies verdeutlicht den fehlenden politischen Willen, das Land tatsächlich auf einen neuen Weg zu führen.

Der humanitäre Notstand in Venezuela darf nicht dazu dienen, die Menschenrechtsagenda in den Hintergrund zu drängen. Im Gegenteil: Er bestätigt, dass der Schutz von Menschenleben von der Wiederherstellung verfassungsrechtlicher Garantien, der Funktionsfähigkeit der Institutionen und der uneingeschränkten Achtung der Grundrechte abhängt.

Vor diesem Hintergrund bekunden wir unsere Solidarität und Unterstützung für die unmittelbaren und mittelbaren Opfer des Erdbebens und des humanitären Notstands, unter dem das Land leidet, sowie für deren Familien und die betroffenen Gemeinschaften. Das Eintreten für Menschenrechte politisiert eine Tragödie nicht; Vielmehr trägt es dazu bei, die Würde der Menschen zu schützen, den Bedürftigsten zu helfen und eine weitere Verschlimmerung der Lage zu verhindern. Die Freilassung der willkürlich Inhaftierten – auch derjenigen, die unter Auflagen aus der Haft entlassen wurden – muss auf der öffentlichen Agenda Priorität haben. Ein Weg zum politischen Wandel in Venezuela kann nicht beschritten werden, solange auch nur eine einzige Person aus politischen Gründen inhaftiert ist.

Daher fordern wir den venezolanischen Staat auf:

1. Unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben, die körperliche Unversehrtheit und die Gesundheit der aus politischen Gründen inhaftierten Personen zu schützen.
2. Allen willkürlich aus politischen Gründen inhaftierten Personen als dringende humanitäre Schutzmaßnahme die volle und bedingungslose Freiheit zu gewähren.
3. Den aus der Haft entlassenen Personen, die weiterhin freiheitsbeschränkenden Auflagen unterliegen, die volle Freiheit zu gewähren sowie die Einstellung der Verfahren für diejenigen zu veranlassen, die von der Anwendung des Amnestiegesetzes ausgeschlossen wurden. Bis zum Erlass der entsprechenden gerichtlichen Entscheidungen muss sichergestellt werden, dass die Meldepflichten bei den zuständigen Stellen in ihren jeweiligen Bundesstaaten erfüllt werden können.
4. Eine technische, unabhängige und transparente Überprüfung der Infrastruktur jener Haftanstalten zu gestatten, die möglicherweise von den jüngsten Erdbeben betroffen waren. Den sofortigen Zugang für unabhängige internationale Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte und für humanitäre Hilfe zu genehmigen – darunter das Internationale

Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IAKMR), Vertreter der Vereinten Nationen sowie die Internationale Unabhängige Untersuchungsmission zu Venezuela –, um die Haftbedingungen und den Gesundheitszustand der Inhaftierten zu überprüfen.

5. Den regelmäßigen Zugang für Angehörige und Anwäl*innen, eine rechtzeitige medizinische Versorgung sowie eine öffentliche und transparente Information über die Bedingungen in den Haftanstalten zu gewährleisten.

6. Jene Einrichtungen endgültig zu schließen, in denen Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung praktiziert werden, und unabhängige Untersuchungen zu den vorliegenden Anschuldigungen sicherzustellen. Ebenso sind jene Strukturen und Instanzen aufzulösen, die unter Umgehung der Verfassung zur Verfolgung und Unterdrückung von Dissidenten geschaffen oder genutzt wurden.

7. Die Unabhängigkeit der Justiz wiederherzustellen, die Nutzung des Strafrechtssystems als Instrument politischer Verfolgung zu beenden und ein rechtsstaatliches Verfahren (due process) uneingeschränkt zu gewährleisten.

Der Schutz von Menschenleben duldet keine Ausnahmen. Wer sich in staatlichem Gewahrsam befindet, hat das Recht, lebend zu seiner Familie zurückzukehren. Heute mehr denn je ist die Freilassung politischer Gefangener eine dringende humanitäre Schutzmaßnahme.

Freiheit rettet Leben.

Gezeichnet,

Comité por la Libertad de los Presos Políticos en Venezuela (CLIPPVE).

Justicia, Encuentro y Perdón

Acceso a la Justicia

Programa Venezolano de Educación-Acción en Derechos Humanos (PROVEA)

Oficina en Washington para Asuntos Latinoamericanos (WOLA)

Consorcio Justicia (CJ)

Foro Penal Venezolano

Defiende Venezuela

Laboratorio de Paz

Voces de la Memoria

Un Mundo Sin Mordaza

Amnesty International

Caleidoscopio Humano

Übersetzt von der Chile/Venezuela Kogruppe – verbindlich ist das Original:
<https://www.amnistia.org/ve/blog/2026/07/30314/venezuela-liberacion-de-los-presos-politicos-es-una-medida-humanitaria-urgente>